

**(Dr. Bernd Baumann)**

Dieser Antrag setzt im Grunde die Mentalität der unseligen Willkommens- und Grenzöffnungspolitik von CDU und SPD im Bund fort – die in der Welt keiner sonst mitgemacht hat –, als wäre nichts geschehen. Er betreibt immer weitere Ausweitung von Gruppen der jüngsten Masseneinwanderung, die man sofort mit allen Mitteln dauerhaft integrieren will, auch weit jenseits rechtlich anerkannter Fluchtgründe.

Zunächst galt die bundesweite Definition des BAMF, es sollten Migranten integriert werden, die über generell gute Bleibeperspektive verfügen. Integrationsprogramme sollten demnach nur die anerkannten Flüchtlinge durchlaufen und sonst nur Menschen aus Herkunftsländern mit Schutzanerkennungsquoten über 50 Prozent. Nur auf diese sollten sich die Integrationsbemühungen richten. All die teuren Sprach- und Orientierungskurse, all die aufwendigen beruflichen Qualifikationsmaßnahmen und Ausbildungshilfen, dazu noch ein verfestigter Aufenthaltsstatus.

Dann begann aber das rot-grüne Hamburg, diese deutschlandweit gültige Definition stark aufzuweichen. Man erkannte einfach zunächst weiteren Gruppen gute individuelle Bleibeperspektive zu, vor allem Afghanen, deren größte Konzentration innerhalb Deutschlands sich in Hamburg befindet.

Heute nun, mit dem neuen Antrag von Rot-Grün, geschieht sozusagen die ultimative Aufweichung. Dauerhaft integriert werden sollen nun auch gleich all jene ohne gute Bleibeperspektive, bis vielleicht auf die aus sicheren Herkunftsländern. Also auch alle, deren Antrag endgültig abgelehnt ist, die aber mit irgendwelchen Hinderungsgründen ihre Abschiebung zu verzögern verstehen.

*(Martin Dolzer DIE LINKE: Das ist menschenfeindlich, was Sie hier machen!)*

Auch alle, deren Anerkennungsverfahren sich in die Länge zieht. Das zu bewirken gibt es viele Möglichkeiten. Der Antrag von Rot-Grün öffnet damit praktisch allen Flüchtlingen, die das wollen, offiziell die Tore beschleunigter Integration und ewigen Hierbleibens. Rückführungen fallen, wir wissen das doch, zahlenmäßig kaum ins Gewicht. Es reicht – und das ist leider faktisch so, wir müssen dem ins Auge sehen nach dem Antrag von Rot-Grün –, um das Asylverfahren geschickt in die Länge zu ziehen. Das reicht schon aus. Es reicht auch aus, sich nach Ablehnung gegen Abschiebung zu wehren.

*(Sabine Boeddinghaus DIE LINKE: Reden Sie eigentlich zum Antrag?)*

Für beides gibt es einen ganzen Katalog von Möglichkeiten, den eine neu entstandene Anwaltsindustrie – wir kennen das, beides zumeist auf Kosten einheimischer Steuerzahler – bewirkt. Sie setzten hier völlig falsche und unverantwortliche Signale.

*(Sabine Boeddinghaus DIE LINKE: Reden Sie eigentlich zum Antrag?)*

Greller können Sie die Schaufensterauslagen für das weltweite Schleppermafia-geschäft gar nicht ausleuchten als mit solchen Maßnahmen.

*(Beifall bei der AfD)*

In Hamburg sind doch bereits über 50 000 Menschen aus der jüngsten Flüchtlingswelle, die der rot-grüne Senat jetzt allergrößtenteils in die Arbeitsmärkte integrieren will, ob sie rechtliche Asyl- oder Bleibegründe haben oder nicht. Zugleich aber, und bitte denken Sie doch auch daran, darben in Hamburg bereits 50 000 Menschen, die schon so lange arbeitslos sind, dass sie Hartz IV beziehen. Davon haben bereits 60 Prozent einen Migrationshintergrund. Und diese Menschen leben schon lange hier bei uns, sind meist hier geboren, aufgewachsen, beherrschen vollständig die Sprache, die Schrift, haben Schule und Berufsausbildung hier durchlaufen, anders als die 50 000, die jetzt noch dazukommen.

*(Kazim Abaci SPD: Woher wissen Sie das?)*

Hier scheitern Sie schon seit Jahren. Darum müssen Sie sich erst einmal kümmern. Das müssen Sie erst einmal schaffen, bevor Sie weitere Zehntausende ohne rechtlich anerkannte Fluchtgründe hier dauerhaft ansiedeln wollen.

*(Beifall bei der AfD)*

Und noch eines: Werden Sie sich endlich klar, dass Sie die Geisterfahrer in der weltweiten Migrationspolitik sind und nicht die anderen 99 Prozent.

*(Beifall bei der AfD – Dr. Alexander Wolf AfD: Sehr gut!)*

**Vizepräsidentin Christiane Schneider:** Vielen Dank, Herr Dr. Baumann. – Frau Güçlü, Sie haben das Wort.

**Nebahat Güçlü** fraktionslos: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eigentlich, finde ich, hat Frau Möller schon alles dazu gesagt, aber nach der Rede von Herrn Baumann möchte ich doch noch einmal zwei Sachen erwähnen.

*(Ksenija Bekeris SPD: Das muss man nicht kommentieren!)*

Herr Baumann, dass Sie immer große Überfremdungsängste haben, selbst in Bundesländern, in denen es weit weniger als 1 Prozent Migrantinnen und Migranten gibt, das kennen wir alle schon, da haben Sie uns heute nichts Neues erzählt. Aber Sie haben uns viel Falsches erzählt, wie so oft leider, das muss man immer wieder ins richtige Licht rücken. Sie haben erzählt, Deutschland habe weit mehr Flüchtlinge aufgenommen als die ganze Menschheit. Was ist die ganze Menschheit?

**(Nebahat Güçlü)**

(Dr. Bernd Baumann AfD: Sie verstehen das nicht! Asylanträge!)

Ich weiß nicht, mit welchen Zahlen Sie operieren. Dann schauen Sie einmal in die Welt, es geht vielen Ländern weit schlechter als uns, wenn das mit schlecht zu bezeichnen ist.

Der Versuch, der mit diesem Antrag zugrunde liegt, ist ein höchst menschlicher Versuch. Ich finde, es ist ein mutiger und ein richtiger Antrag, der hier zugrunde liegt. Unabhängig davon, welche Bleibeperspektive Menschen bei uns in Hamburg haben werden, sollen sie nicht weiterhin jahrelang zur Untätigkeit gezwungen werden. Wir wissen, was dies mit Menschen macht. Sprechen Sie mit den Beraterinnen und Beratern in den ganzen Beratungsstellen, die mit Flüchtlingen, aber auch mit anderen Menschen arbeiten, die über lange Zeit keine Beschäftigung haben, keine Perspektiven entwickeln können. Sie können sich an der Hand abzählen, was das bedeutet. Insofern ist das ein guter Antrag,

(Beifall bei *Martin Dolzer DIE LINKE*)

der zumindest den Rahmen verbessert für Integrationsangebote. Ich finde, es steht uns wunderbar zu Gesicht, da brauchen wir uns nicht zu schämen, sondern können sehr stolz darauf sein.

Die Frage, die sich mir aber stellt, ist, warum nach 12 Monaten? Das scheint mir eine willkürliche Zahl. Es ist schön, dass die Zeit reduziert wird, aber warum ausgerechnet 12 Monate? Es könnten doch auch 6 Monate sein. Genauso wichtig ist, dass man auch noch einmal sehr genau schaut, wie diese Angebote abgestimmt werden mit den Bundesangeboten. Denn das ist, glaube ich, das Problem, das wir in Hamburg haben, dass nämlich viele Angebote irgendwie so nebenher gewachsen sind, aber sie sind nicht aufeinander abgestimmt. Deswegen erzielt es manchmal auch nicht die Wirkung, die es haben sollte.

Vorhin wurde – ich weiß gar nicht, von wem, ich glaube, es war die Kollegin von der FDP – das Stichwort Signal erwähnt. Es ist ein richtiges Signal, das Hamburg hier aussendet, und ich finde, dieser Antrag zeigt unsere menschliche Seite. Und er zeigt, dass uns nicht egal ist, was die Menschen machen, wenn sie hier jahrelang warten, sondern dass wir daran interessiert sind, dass sie etwas erlernen, selbst für den Fall, dass sie zurückgehen. Was ist so falsch daran, Menschen zu unterstützen, eine Sprache zu lernen, auch eine berufliche Perspektive zu entwickeln, unabhängig davon, ob sie bleiben oder nicht? Ich finde den Antrag richtig und werde ihn auch unterstützen. – Danke.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und bei *Martin Dolzer DIE LINKE* und *Antje Möller GRÜNE*)

**Vizepräsidentin Christiane Schneider:** Vielen Dank, Frau Güçlü. – Frau Senatorin Leonhard, Sie haben nun das Wort.

**Senatorin Dr. Melanie Leonhard:** Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Mir geht es nur darum, noch einmal zwei, drei Dinge einzuordnen, von denen ich glaube, dass sie sinnvoll sind und dabei helfen können, den Antrag in dem Licht zu betrachten, in dem er wahrscheinlich auch zu verstehen ist. Hier geht es nicht um die Frage, ob man mit einem Alphabetisierungskursangebot oder einem Orientierungskursangebot womöglich einen zusätzlichen Fluchtanreiz bietet. Wer flüchtet denn unter lebensgefährlichen Bedingungen über das Mittelmeer, um an einem Orientierungskurs teilzunehmen? Das spottet jeder Beschreibung.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der LINKEN – *Gabi Dobusch SPD*: Sehr gut!)

Hier geht es stattdessen konkret um die Frage, wie wir die Menschen, die bereits hier sind, mit angemessenen Qualifizierungsangeboten und Möglichkeiten zum Zugang zum Arbeitsmarkt versorgen. Sie sollen nicht, wenn sie am Ende ihres Asylverfahrens – zum Beispiel die Afghanen, 50 Prozent derer, die doch anerkannt werden, wenn sie zu dieser Gruppe gehören – 18, 20, 24 Monate gewartet haben, dann dequalifiziert sein, bevor es überhaupt Zugang zum Arbeitsmarkt gibt.

(Beifall bei der SPD und bei *Nebahat Güçlü fraktionslos*)

Die Erfahrung, was dann passiert, hat dieses Land in den 1990er-Jahren bereits gesammelt. Das ist integrationsfeindlich, das dürfen wir nie wieder machen. Daraus haben wir gelernt. Es ist am Ende immer so, dass man in der Zeit, die die Menschen ohnehin hier sind, während sie auf den Abschluss ihres übrigens rechtstaatlichen Verfahrens warten – das, wie wir wissen, lange dauern kann –, ihnen Zugang zu Qualifizierung und Arbeitsmarkt gewährt, denn sie müssen oder sie sollen Arbeit aufnehmen. Es ist für die gesellschaftliche Akzeptanz immer besser, wenn sie Arbeit aufnehmen, denn sonst haben wir die gleiche Debatte wie Mitte der 1990er-Jahre, warum nämlich so viele ehemalige Geflüchtete noch im Sozialleistungsbezug sind und nicht für ihr Geld arbeiten. Das können wir alle nicht ernsthaft wiederholen wollen an dieser Stelle.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es steht also im Grunde in dem gleichen Kontext wie die erfolgreiche Umsetzung im Bund, der Forderung 3+2, drei Jahre Ausbildung und zwei Jahre Arbeitserfahrung für Geduldete zu ermöglichen, und die Abschaffung der Vorrangprüfung, wo wir in der Tat Seite an Seite mit der FDP und mit vielen Arbeitgeberverbänden der Meinung waren, dass das dringend abgeschafft gehört an dieser Stelle.

**(Senatorin Dr. Melanie Leonhard)**

Darüber hinaus ist es so, dass das alles überhaupt gar nicht die Bemühungen um ein ordentliches Einwanderungsgesetz ersetzt. Die muss man trotzdem unternehmen. Hier geht es darum, die Weichen so zu stellen, dass man Menschen, die ohnehin hier sind, die warten, die zum Teil sechs bis zwölf Monate Wartezeit haben, bis sie von einem Sprachkurs in eine Qualifizierungsmaßnahme dürfen – was nicht gut sein kann, weil sie in der Zeit weiterhin im Sozialleistungsbezug sind –, adäquat etwas anbietet, um Integration in Arbeit und damit selbstständigen Lebensunterhaltserwerb zu ermöglichen. Das hat nichts mit Zuzugsmöglichkeiten zu tun. Das hat nichts damit zu tun, irgendwie eine Sogwirkung aufzubauen. Das ist Pragmatismus und vernünftig und es hilft, insgesamt die gesellschaftliche Akzeptanz bei uns für Zuwanderung zu erhöhen und nicht wieder die gleichen Zustände wie in den 1990er-Jahren zu produzieren. Es hilft andererseits den geflüchteten Menschen, ihren Alltag sinnvoll zu verbringen, keine Dequalifizierung einsetzen zu lassen und wenigstens an dem Grundlagenangebot, das wir ohnehin haben, was aber besser aufeinander abgestimmt sein dürfte, den Maßnahmen des Bundes und der Länder, zu partizipieren.

In diesem Sinne steht dieser Antrag. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Es ist Pragmatismus in der Sache. Wir müssen diese Zuwanderung zu einem gesellschaftlichen Erfolg machen, eine andere Wahl haben wir gar nicht.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei *Nebahat Güçlü* und *Dora Heyenn*, beide fraktionslos)

**Vizepräsidentin Christiane Schneider:** Vielen Dank, Frau Senatorin. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte nun zunächst die Drucksache 21/6753 an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration überweisen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wir stimmen über den Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN aus Drucksache 21/6753 in der Sache ab.

Wer diesem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 42, Drucksache 21/6729, Antrag der CDU-Fraktion: Öffentlicher Nahverkehr auf der Außenalster – Pilotprojekt auf der Strecke Mühlenkamp-Jungfernstieg einrichten.

**[Antrag der CDU-Fraktion:  
Öffentlicher Nahverkehr auf der Außenalster –  
Pilotprojekt auf der Strecke Mühlenkamp–Jungfernstieg einrichten  
– Drs 21/6729 –]**

Die Fraktionen der LINKEN und der AfD möchten diese Drucksache an den Verkehrsausschuss überweisen.

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Herr Thering von der CDU-Fraktion, Sie haben es.

(Vizepräsidentin Antje Möller übernimmt den Vorsitz.)

**Dennis Thering** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Hamburg und das Wasser, das gehört seit Stadtgründung untrennbar zueinander. Hamburg ist eine Hafenstadt, Hamburg ist eine Brückenstadt und Hamburg ist eine Wasserstadt. Um das zu verstehen, muss man sich einfach nur ein beliebiges Fahrzeug mit Hamburger Kennzeichen ansehen. Es war die Hanse, die mit ihrem Handel auf den Wasserwegen maßgeblich zur Größe der Freien und Hansestadt Hamburg beigetragen hat. Groß ist mittlerweile auch die Zahl eben jener Fahrzeuge mit den Kennzeichen HH; knapp 900 000 Hamburger Fahrzeuge fahren täglich auf Hamburgs Straßen. Die Zahl ist weiter deutlich steigend.

Es ist für jeden von uns, der auf Hamburgs Straßen unterwegs ist, offensichtlich: Die Mobilität und die Verkehrspolitik in unserer Stadt stehen dadurch vor immensen Herausforderungen. Ein Blick in den morgendlichen Berufsverkehr zeigt es uns immer wieder: Stau, Stau und noch einmal Stau. Das wirkt sich auch sehr massiv auf den öffentlichen Personennahverkehr aus. Der ist nämlich das Rückgrat unserer Mobilität in Hamburg.

Nehmen Sie zum Beispiel die Metrobuslinie 6. Diese ist insbesondere im Streckenabschnitt zwischen Mühlenkamp und Innenstadt vollkommen überlastet. Zusätzliche Fahrten zur Erhöhung der Beförderungskapazität sind dort notwendig, aber sie sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein und am Ende des Tages extrem kostspielig. Doch auch die größtmögliche Taktverdichtung stößt irgendwann an ihre Grenzen, denn Busse tun im Stau nichts anderes als die Autofahrer, sie stehen und kommen nicht voran. Verspätungen sind die Folge und genervte Kunden obendrein.

Machen wir uns nichts vor, der Verkehrsraum ist schlicht und ergreifend ein begrenztes Gut. Das gilt für Autos, Busse, Bahn und Fahrradfahrer gleichermaßen. Da muss der Senat jetzt endlich herangehen und handeln.

Darüber hinaus haben wir in der Bürgerschaft auch schon viel darüber gesprochen. Ich nehme mich da überhaupt nicht aus. Diese Gelegenheit aber ist